Ed. Pachtmann
K. S. Hofliefrant
Pragerstrasse 7
Fabrik und Lager
feiner Leder- und Bronze-Galanterie-Waaren,
Gesangbücher, Bibeln,
Oster-Geschenke,
Album-Patent-Ständer,
Fächer, Cassetten,
Damenschmuck etc.
Fabrik: Gr. Plauenschestr. 18
Verkauf nur Pragerstr. 7

Dresdner Nachrichten

36. Jahrgang.
Aufl. 52,000 Stück.
Dresden, 1891.

Malzextract „Liebe" (J. Paul Liebe-Dresden)
" reines: bei Bronchialleiden und als Nährmittel allbewährt,
" mit Eisen: für Bleichsüchtige, Blutarme,
" mit Kalk: für skrofulöse knochenschwache Kinder,
" mit Leberthran: reinem Leberthran unbedingt vorzunehen.
Originalflaschen in den Apotheken, aber ausdrücklich „Liebe's" verlangen.

Eiserne Oefen aller Arten
empfiehlt billigst
Friedrich Klotz
Königsbrückerstrasse 80 und 81.
Bautznerstrasse 28.

Moritz Hartung,
Altmarkt 13 und Hauptstrasse.
Posamenten, seidenes Band, Spitzen, Handarbeits- und alle Damenschneider-Artikel.

MATTONI's GIESSHÜBLER säuerlicher SAUERBRUNN
Hauptniederlagen in Dresden:
MOHRENAPOTHEKE, Pirnaischer Platz,
WEIS & HENKE, Schlossstrasse 11,
KRONENAPOTHEKE, Neustadt.

Thüre zu! D. R. Patent.
Vollkommenster selbstthätiger, geräuschloser
Thürschliesser.
Fernsprech-Anschluss Nr. 2100.
Prospecte gratis und franco.
45,000 Stück im Gebrauch.
Curt Heinsius, Dresden-N., Tieckstrasse 27.

Meyer's Kaiserhausröcke nur beim Schlafrock-Meyer, Frauenstr. 8 u. 10.

Nr. 64. Spiegel: Wahlen in Oesterreich, Agitation der Sozialdemokratie. Hofnachrichten, Reichsgerichtspräsident v. Oehlschläger, Aprilwetter, Ehrlich'sches Gestüt, Gerichtsverhandlungen. Tagesgeschichte. Kgl. Conservatorium, Carreno-Concert. | Donnerstag, 5. März.

Politisches.

Es gehört zu den berechtigten Eigenthümlichkeiten der cisleithanischen Reichshälfte Oesterreichs, daß dort die Erregungen, welche unumgänglich die Begleitung jedes Wahlkampfes bilden, nicht mit einem einzelnen Tage, sondern erst mit dem Ablauf einer ganzen Woche ihr Ende finden. Infolgedessen läßt sich ein abschließendes Bild des Resultates erst dann geben, wenn die einzelnen Tropfen, welche vom Wahlhimmel herniedertröpfeln, sich zu dem Regenfaß des Reichsrathes vollzählig angesammelt haben. Die Ursache für diese Erscheinung liegt in dem verzwickten Wahlsystem Oesterreichs, einem System, welches mit dem anderwärts geltenden gar keine Aehnlichkeit besitzt. Es bildet ein ganz seltsames Gemisch aller möglichen Wahlarten. Man wählt dort nach den einzelnen Ländern in vier verschiedenen Wahlkörpern. Es wählen für sich die Landgemeinden, die Handels- und Gewerbekammern, die Städte und die Großgrundbesitzer und es ist daher beispielsweise gar nicht ausgeschlossen, daß ein Fabrikant, der zugleich ein Landgut besitzt, wenigstens in drei Curien seine Stimme abgiebt. Noch eigenthümlicher ist es, daß die beiden Systeme der direkten und indirekten Wahl eine Mischung derart erfahren, daß die Landgemeinden erst Wahlmänner und diese alsdann den Abgeordneten wählen, während die übrigen Wahlkörper direkt den Reichstagskandidaten auf ihren Stimmzetteln bezeichnen. Soweit nun die Resultate der diesmaligen Wahlen vorliegen, ermöglichen dieselben — sie bilden etwa ein Viertel der Gesammtzahl — zwar noch keinen Gesammtüberblick, wohl aber treten einige Symptome scharf hervor, welche im höchsten Grade beachtenswerth sind. Es sei jedoch von vornherein betont, daß in Oesterreich bei der Mannigfaltigkeit der nationalen Bestandtheile niemals eine große Regierungs- oder Oppositionspartei in den Reichsrath ziehen wird, sondern daß die letzte Entscheidung über die zukünftige Gestaltung des Programms stets in den Entschlüssen der Krone liegen muß, welche sich die Elemente zu ihrer Majorität nach Belieben auswählen kann. Von diesem Gesichtspunkte aus kommt es wirklich wenig darauf an, ob irgend eine Partei eine paar Mandate gewinnt oder verliert. Anders aber steht es um die Beurtheilung der Volksstimmung, so weit sie symptomatisch aus den Wahlergebnissen hervortritt. Da wird man den Wahlsieg der Jungczechen in Böhmen und die schwere Niederlage, welche in den Landgemeinden von Niederösterreich die Liberalen durch die Antisemiten erfuhren, nicht gering anschlagen dürfen. In beiden Ergebnissen prägt sich die gemeinsame Tendenz aus, daß das Volk sich von der Politik des Gehen- und Geschehenlassens ab- und den Richtungen zuwendet, welche ein zielbewußtes Vorgehen verheißen. Wenn aber das Jungczechenthum, welches die Männer von der gemäßigten ausgleichsfeindlichen Richtung auf dem platten Lande in Böhmen ganz verdrängte und sicherlich auch in den Städten, namentlich unter dem Einfluß der Siegesnachrichten, neue Gewinne erzielen wird, mehr auf Grund eines scharfumrissenen, nationalen Programms seine Erfolge errang, so hat die antisemitische Partei den erstaunlichen Zuwachs ihrem Auftreten gegen die soziale Corruption, ihrem Vorgehen gegen das in Oesterreich noch mehr als anderswo emporwuchernde Schlinggewächs des semitischen Kapitalismus zu verdanken. Gerade die kleinen Landstädte, in denen das Kleinbürgerthum überwiegt, wählten die Kandidaten der verschiedenen antisemitischen Gruppen, unbekümmert darum, ob dieselben das nationale oder klerikale Element in den Vordergrund stellten, einzig und allein, um ihren Nothschrei zur Geltung zu bringen. Auch in den Großstädten sind es die kleinen Gewerbetreibenden, die Handwerker und die kleinen Industriellen und Beamten, die in der Wahl antisemitischer Kandidaten Protest einlegen gegen die staatlicherseits beliebte Begünstigung der Kapitalanhäufung in den Händen weniger Freudlinge. Gerade in Oesterreich, mehr noch als anderwärts, ist die Gefahr dringend, daß der Kern des Volkes, ein gesunder, leistungsfähiger Mittelstand, verschwindet und daß nur zwei gesellschaftliche Körperschaften übrig bleiben: ein armseliges, ausgesogenes Proletariat und eine Clique von Geldgewaltigen, welche alle Hilfsmittel des Landes in rücksichtsloser Weise auszubeuten in der Lage sind. Wenn die gegenwärtige Regierung Oesterreichs aus den in den letzten Wahlen hervortretenden Symptomen rechtzeitig ihre Lehre zieht, wird ihr dies nur zum Heile gereichen.

Es ist eine eigenartige Erscheinung, deren Ursachen jedoch einer weiteren Aufklärung kaum bedürfen, daß die Sozialdemokratie während des Winters sich einer verhältnißmäßigen Zurückhaltung befleißigt, während sie mit dem Nahen der Lerche ihre Melodieen im Stile des Rattenfängers von Hameln mit frischer Lust ertönen läßt. Sie folgt damit nicht etwa nur dem ewig-jungen Frühlingstriebe, der in der Brust der Menschheit stets von Neuem erwacht, sondern sie schöpft aus einem anderen Quell. Im Winter ist die Gelegenheit, beim Verlust der Arbeit neue Existenzmittel zu finden, eingeengt und naturgemäß auch die Ergiebigkeit von Streik- und Parteikassen stark geschmälert, wenn aber das neue Baugewerbe, der Ackerbau ihre Schleusen eröffnen, wenn die Konkurrenz der „Arbeitslosen" sich mindert, dann nehmen die Kundgebungen der Sozialdemokratie eine lautere Stimme an. Dann bildet auch der Streik vielfach eine bedeutend wirksamere Waffe, als im Winter. Es wäre daher thöricht, das verhältnißmäßige Zurücktreten der sozialdemokratischen Agitation, die sich während der Wintermonate mehr auf die Bewahrung des Eroberten, als auf den Neuerwerb von Gesinnungsgenossen erstreckte, als eine Frucht der wohlmeinenden Bestrebungen unseres Kaiders anzusehen. Nach dieser Richtung geben die Reden des Herrn Grillenberger bei der Berathung der Arbeiterschutznovelle eine viel deutlichere Antwort, die darin ausklingt: Giebt zum Schutze der Arbeiter welche Bestimmungen ihr wollt, trefft Maßnahmen, so segensreich sie sein mögen — wir werden sie hinnehmen ohne Gruß und ohne Dank und werden die Alten bleiben, die ihre Zukunftsschlösser auf der Erhaltung der Unzufriedenheit errichten!

Die Veröffentlichung des Verdammungsurtheiles, welches Marx über dasjenige Programm fällte, welches seit Jahren die übrigen Führer als das Evangelium der Partei ausgaben, ist ohne sichtbare Spuren an der Sozialdemokratie vorübergegangen. Die strafe Disziplin, welche selbst die Geister knebelt, die Spekulation auf die ungeschulte Logik der „Genossen" haben sich als ein bequemer Schild gegen einen Pfeil erwiesen, der bei jeder anderen Partei die Vernichtung herbeigeführt hätte. Wie der Abg. Bebel sich im Angesichte dieser Thatsache dazu verstieg, die anderen Parteien der „Heuchelei" zu zeihen, so sieht auch anderwärts die Sozialdemokratie den Balken nicht im eigenen Auge. Denn sonst könnte sie nicht von Neuem und immer wieder von Neuem in einer Haupt- und Kernfrage ihres Programms, in der Stellungnahme zur Religion, ein Spiel spielen, das man nur als heuchlerisch bezeichnen kann. Denn während die Führer bei der Agitation in den Städten, wo sie durch die langjährige Herrschaft des Freisinns den Boden für den Atheismus bereitet glauben, sich wenig oder gar keine Enthaltsamkeit in der offenen Bekundung ihrer religionsfeindlichen Ziele auferlegen, während das vielcitirte Buch Bebels über die Frau dies ausdrücklich zugesteht, sagte vor einigen Tagen auf dem sozialdemokratischen Parteitage in Wriezen unter lebhaftem Beifall ein redegewandter Genosse: „Wir müssen den Arbeitern auf dem Lande sagen, wir frei weit entfernt, die christlichen Institutionen umzustürzen, die Ehe und die Familie aufzuheben" und in dem Hauptorgan der Sozialdemokratie schreibt ein Parteigenosse: „Die Religion lasse man ungeschoren, man braucht aber nicht zimperlich mit dem Pfarrer zu verfahren; die Arbeiter werden sich alle freuen und amüsiren, wenn dem Pfarrer ordentlich heimgeleuchtet wird. Religion und der Pfarrer sind den Landleuten nicht eins, dazu verkehrt er zu viel mit den Herren." Heißt das etwas anderes, als auf die schlechten Leidenschaften spekuliren, wenn man den Träger und Verkünder der religiösen Ideen zunächst verächtlich zu machen trüb, um alsdann aus dem also zugerichteten Boden das Unkraut des Religionshasses zu säen? Ist es denn auch wirklich ein bloßer Zufall, daß die Führer der Sozialdemokratie mit Ausnahme des Abgeordneten Singer sich von der Religion abgewandt haben und sich offiziell als religions- oder konfessionslos bezeichnen? Wenn die Sozialdemokratie sich bei ihrem in Aussicht gestellten Versuch der Ausrede bedient, daß sie nichts gegen die Religion vorhabe, so mögen unsere Landbewohner nicht vergessen, daß jene Partei in ihrem Köcher den vergifteten Pfeil nur deshalb zurückhält, weil sie die Zeit noch nicht gekommen meint, um ihn abzuschießen.

Fernschreib- und Fernsprech-Berichte vom 4. März.

Berlin. Der Reichstag setzte die Berathung des Reichshaushalts bei dem Etat der Verwaltung der elsaß-lothringischen Eisenbahnen fort. Dr. Bömel (freis.) kritisirt die geplante Reform der Personen- und Gepäcktarife. Diese Reform bringe nicht durchweg eine Ermäßigung, sondern mehrfach sogar eine Erhöhung, die eine Verminderung des Verkehrs zur Folge haben würde. Hinsichtlich des Gepäckverkehrs nehmen die elsaß-lothringischen Bahnen die niedrigste Stelle im Deutschen Reich ein, eine Folge des zu hohen Gepäcktarifs. Die Verwaltung der Reichseisenbahnen sollte mit einer gründlichen Reform der Personen- und Gepäcktarife allen übrigen deutschen Eisenbahnverwaltungen mit gutem Beispiel vorangehen. Auch sollte man nicht an der Berechnung nach Kilometern festhalten, sondern zum Zonentarif übergehen und damit dem Beispiele Ungarns folgen. Bundeskommissar Geh. Rath Wackerzapp konstatirt, daß die Verhandlungen über die Tarifreform noch schwebten und er deshalb weitere Mittheilungen als das, was bereits darüber bekannt geworden, nicht machen könne. Dr. Kranse (freis.) befürwortet eine Herabsetzung der Tarife, mit der sowohl den Wünschen und Bedürfnissen der Bevölkerung als den finanziellen Ansprüchen des Staats entsprochen werden würde. Abg. Lang (Centr.) wünscht, daß bei einer solchen Tarifreform die finanziellen Verhältnisse der betheiligten Einzelstaaten volle Berücksichtigung finden. — Abg. Freiherr v. Stauffenberg (freis.): Die Tarifreformfrage sei hauptsächlich wegen ungenügender Ausnutzung des rollenden Materials in Fluß gekommen. Jedenfalls müsse man vorsichtig vorgehen. Andererseits müßten die Herabsetzungen aber auch derart sein, um den Anreiz zum Reisen zu erhöhen, sonst würde die ganze Maßregel verfehlt sein. Dringend erforderlich sei eine Reform der Gepäcktarife. — Abg. Graf zu Stollberg-Wernigerode (kons.) befürwortet den preußischen Tarifreformplan gegenüber dem Zonentarif. Infolge des letzteren seien in Ungarn die Ausgaben mehr gestiegen als die Einnahmen. Auf Experimente, und ein solches würde der Zonentarif sein, könne man sich jetzt bei uns nicht einlassen. — Abg. Schrader (freis.) verlangt, daß sich das Reichseisenbahnamt an die Spitze der Tarifreform-Verhandlungen stelle. Es würde damit die ihm gebührende Stellung wiedergewinnen. Der ungarische Zonentarif könne nicht ohne Weiteres übernommen werden, aber die Personentarife könnten doch erheblich herabgesetzt werden. Eine besondere Berücksichtigung sollte dem Nahverkehr der Verbindungen großer Städte mit ihren Vororten zu Theil werden. — Geh. Rath Fleck erklärt, die preußische Regierung wünsche Hand in Hand mit den übrigen deutschen Eisenbahnverwaltungen vorzugehen. Erhöhungen von Tarifsätzen würden zunächst vermieden werden. — Graf zu Stollberg-Wernigerode hält es bei der mangelnden Competenz des Reichseisenbahnamtes nicht für angezeigt, daß dasselbe die Tariffrage in die Hand nehme. — Abg. Dr. Brüel beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, dahin zu wirken, daß bei der in Aussicht genommenen Reform der Personen- und Gepäcktarife auf den Eisenbahnen in Elsaß-Lothringen eine durchgreifende Ermäßigung der Tarifsätze und Vereinfachung des Tarifsystems unter Ausschluß jeder Erhöhung der bestehenden Sätze herbeigeführt wird. Der Antrag wird an die Budgetkommission verwiesen. — Abg. Stolle (soz.) will wissen, um wieviel die Löhne der Arbeiter der Reichsbahnen höher geworden seien. Tagelöhne von 2 Mk. 50 Pfg. seien unzureichend. Auch würde über zu lange Arbeitszeit geklagt. — Geh. Rath Wackerzapp erwidert, die eingetretene Lohnerhöhung betrage durchschnittlich 10 Proz., die Dienstzeit 10—12 Stunden. — Abg. Stolle (soz.): Damit sei nicht ausgeschlossen, daß die Dienstzeit bis zu 16 Stunden ausgedehnt werde. Darunter litten aber nicht nur die Leute, sondern auch die Sicherheit des Betriebes. — Abg. Richter (freis.) fragt, welche Erfahrungen die Verwaltung der Reichseisenbahnen mit dem Schienenkartell gemacht habe. Dasselbe monopolisire den Markt. Es würde nicht bestehen können, wenn man das Ausland nicht von den Schienenlieferungen ausschließe. Neuerdings aber habe die preußische Verwaltung auch einmal einem ausländischen Werke den Zuschlag ertheilt, da die Forderung des Kartells zu exorbitant war. Wie stelle sich die Verwaltung der Reichsbahnen dazu? — Abg. v. Kardorff (Rp.): Die Bahnverwaltungen hätten es in der Hand, übertriebenen Forderungen zu begegnen, wie der angeführte Fall beweise. Man müsse auch berücksichtigen, daß die Löhne in der Eisenindustrie infolge des Zolles erheblich gestiegen seien. — Abg. Richter beantragt, den Reichskanzler zu ersuchen, dem Reichstage jährlich Uebersichten über die Ergebnisse der Schienenlieferungen im In- und Auslande, sowie die Zuschlagspreise vorzulegen. Es müsse gesichert werden, daß die deutschen Eisenbahnverwaltungen nicht höhere Preise bezahlen müßten, als die, welche das Ausland an deutsche Werke zahle. — Abg. Graf Wintzingerode (kons.) wünscht, daß nicht ohne zwingenden Grund ausländischen Werken der Zuschlag ertheilt werde. Die Beschäftigung unserer Arbeiter müsse für uns in erster Linie stehen. — Abg. Richter: Wenn wir billig vom Ausland kauften, würde Geld gespart, welches dann zu anderen Anschaffungen verwendet werden könnte. — Freiherr v. Stumm (Rp.): Er würde vorziehen, zeitweilig unter dem Selbstkostenpreise ans Ausland zu verkaufen, als Arbeiter entlassen zu müssen. — Abg. Scipio (nationall.) wendet sich gegen die Vorlegung der beantragten Uebersichten, durch welche die deutsche Industrie geschädigt werden könnte. — Abg. Richter: Die Arbeiterfreundlichkeit sei für den Unternehmer keineswegs maßgebend. Der Rückgang der Eisenindustrie in den 1870er Jahren habe seinen Grund in der Ueberproduktion. Zur Zeit der Gründungen hätten die Unternehmer die Arbeiter rücksichtslos der Landwirthschaft entzogen. Wer statistische Erhebungen, wie die beantragten, nicht wünsche, gebe damit zu erkennen, daß er über diese Verhältnisse kein Licht verbreitet haben will. — Abg. Bebel empfiehlt den Antrag Richter. Das kapitalistische Unternehmerthum habe immer nur an sich gedacht und nicht an die Arbeiter. Es habe diese vielmehr an der Geltendmachung ihrer ihr gesetzlich zustehenden Rechte gehindert. Es müsse darüber Licht verbreitet werden, wie es zugehe, daß das deutsche Unternehmerthum das Ausland billiger bediene als das Inland. — Abg. v. Kardorff (Rp.): Der Antrag Richter werde seinen Zweck nicht erreichen, auch wenn er ausgeführt werde. Denn die Verhältnisse, unter denen die Preise gestellt würden, blieben bei der Aufstellung der Uebersichten unberücksichtigt. Solidarität der Interessen der Industriellen und der Landwirthe würde immer mehr anerkannt. — Abg. Richter: Weshalb weiche man dann natürlichen Erhebungen aus? Aber die Schutzzöllner fühlten, daß es mit ihrer Herrlichkeit vorüber sei. Das Ordinarium wird angenommen. — Weiterberathung morgen. Ferner Marine-Etat.

Berlin. Der Kaiser empfing heute eine Deputation des Ausschusses zur Förderung des Rhein-Weser-Elbe-Kanals. — Der Abschluß der deutsch-österreichischen Zollverhandlung wird gegen Mitte dieses Monats erwartet. Es heißt, Deutschland bestehe auf einem Konzzollsatze von 3½ Mk. — Der Staatsanzeiger veröffentlicht amtlich das vom preußischen Landtag angenommene Gesetz, betreffend die Vereinigung Helgolands mit Preußen.

Berlin. Das Abgeordnetenhaus trat in die Spezialberathung der 3. Lesung des Einkommensteuergesetzes ein. Es wurde beschlossen, daß bei Festsetzung des steuerpflichtigen Einkommens der Aktiengesellschaften 3½ Proz. des eingezahlten Aktienkapitals abgerechnet werden und daß Consumvereine mit offenem Laden zur Steuer herangezogen werden sollen. Die Besteuerung der Agenturen ausländischer Handlungshäuser ward gestrichen.

Berlin. Die „Kreuz." charakterisirt die Nachrichten, daß von einer Verlobung des Erzherzogs Franz Ferdinand mit einer russischen Großfürstin die Rede sei und daß die Kaiser Wilhelm und Franz anläßlich des bevorstehenden Jubiläums des Königs Karl am 22. Mai nach Bukarest kommen würden, als Sensationsmeldungen ohne thatsächlichen Hintergrund. — In Friedrichshafen wurde ein Russe, Privatier Friska, auf dem das Signalement Padlewski's, des Mörders des Generals Seliverstoff, angeblich genau paßt, verhaftet. — Dem Koburger „Tagebl." zufolge fand dort eine Alarmirung der Garnison statt, der die Idee zu Grunde lag, es seien Arbeiterunruhen ausgebrochen. — Heute früh ward hier der Raubmörder Schmiedegeselle Schmiedecke hingerichtet.

Hamburg. Die Hetzer und Trimmer beschlossen, den Streik aufzugeben. — Die Verhandlungen zwischen dem Präsidenten Argentiniens und den Privatbankdirektoren wegen Ordnung der finanziellen Angelegenheiten sind gescheitert.

Paris. Aschinoff hinterließ bedeutende Schulden. Selbst die Hotelrechnung blieb unbezahlt, nachdem Madame Adam die Begleichung derselben abgelehnt hat.

Rom. Die „Tribuna" meldet aus Massaua eine Reihe grausiger Mordthaten, die der verhaftete Exkolonialsekretär Cagnassi und der entflohene Gendarmerieleutnant Livaghi aus Habsucht mit Beihilfe eingeborener Polizisten an reichen oder gefürchteten Bewohnern Massauas begingen.

London. Die „Margherita" mit Johann Orth an Bord soll in einem japanischen Hafen eingelaufen sein.

Die Berliner Börse eröffnete vorwiegend schwächer. Meldungen aus Argentinien veranlaßten eine gewisse Reserve, die besonders in Banken zum Ausdruck kam. Nur Dresdner Bank behauptet. In Bergwerken starke Schwankungen bei durchweg niedrigen Kursen, weil bei der morgenden Zeichnung in Breslau günstige Offerten erwartet werden. Eisenbahnen fest. Bundesbahnen steigend, fremde Renten nachgebend. Im Anschluß an feste Pariser Notirungen trat später eine ziemlich allgemeine Erholung ein. Nur Eisenwerthe blieben weichend. Im Cassaverkehr fest durchweg. Privatdiskont 2½ Proz. Nachbörse ziemlich ruhig. — Wetter: Nachts Schnee, veränderlich. Westnordwestwind.

Frankfurt a. M. (Abends.) Credit 272,10. Staatsb. 218,75. Lomb. 115,50. Galizier —,—. Egypter 98,30. 4proz. Ung. Gold. 92,80. Disconto 207,00. Dresdn. Bk. 156,20. Laura —,—. Gelsenkirchen —,—. Fest.

Wien. (Abends.) Credit 348,60. Staatsbahn 247,25. Lombarden 131,25. Nordwest 216,25. Marknoten 56,17. Ung. Gold. 115,50. Abgeschwächt.

Paris. (Schluß.) Rente 97,57. Anleihe 105,25. Italiener 95,10. Staatsbahn 547,50. Lombarden 308,75. do. Prioritäten —. Spanier 77½. Egypter 491,68. Türken 630,00. Goldrente 100,03. Unentschieden.

Paris. Produkten (Schluß.) Weizen per März 27,30, per Mai-August 27,80, behauptet. Roggen per März 20,75, per September-December 20,50, fest. Mehl per März 70,00, per Sept.-Decbr. 71,00, steigend.

Amsterdam. Produkten (Schluß). Weizen per März 232, per Nov. 228. Roggen per März 167, per Mai 161.

London (Produkten-Bericht). Getreide ruhig. Weizen fehlt. Mais fest. Mehl, Gerste fest. Hafer stetig, eine ½ Sh. theurer. — Wetter: Bewölkt.

Oertliches und Sächsisches.

— Bei Sr. Königl. Hoheit Prinz Georg fand vorgestern Nachmittag ein größeres Diner statt, zu dem zahlreiche Einladungen ergangen waren. Unter den Gästen befanden sich Ihre Exzellenzen Staatsminister Dr. Schurig und v. Metzsch, russischer Ministerresident Baron v. Meyendorff, Generalleutnant v. Montbé, Hofmarschall Freiherr v. Gersdorff, Herren Generalleutnant Freiherr Held, Generalmajor Edler von der Planitz, Geheimer Rath Dr. Tittel, Oberst Freiherr von Hammerstein, Oberst Kraus, Oberstleutnant Teichmann, Oberstleutnant Blohm, Geheimer Legationsrath

Pfund's berühmte Kindermilch. Trocken-Sterilisirung.
Dresdner Molkerei Gebr. Pfund, Bautznerstr. 41/42.